

Der dänische Kreuzzug zum Verbot des *niqāb* wird fortgesetzt

(Übersetzt)

Die dänische Regierung war in der Lage, mithilfe der demokratischen Sozialisten und anderer Parteien, die Mehrheit der politischen Stimmen für sich zu gewinnen, um ihren Plan, das *niqāb* zu verbieten, in die Tat umzusetzen. Dies, um ihre unterdrückerische Politik, die Rechte der Muslime im Land einzuschränken, weiter zu verfolgen.

Am 19. April 2018 fanden erste Gespräche bezüglich des Gesetzes statt. Während dieser Gespräche ereignete sich eine ziemlich bizarre und zugleich heikle Debatte darüber, wie dieses Gesetz benannt und umgesetzt werden soll.

Nachdem zuvor bereits die Imame und islamische Privatschulen von Gesetzesänderungen betroffen waren, wird nun, mit dem Verbot des *niqāb*, ein weiterer Schritt getätigt, um die Muslime durch eine Reihe von Restriktionen einzuschränken. Das *niqāb* zu verbieten ist Teil des Hasses den Muslimen und dem Islam gegenüber. Sie zielen mit diesem Verbot darauf ab, die Öffentlichkeit mit falschen Ideen zu bombardieren und ein gruseliges Bild über den Islam und die Muslime zu zeichnen. All dies zeigt sich an den Ausmaßen, welche die regelmäßigen Angriffe und Anschuldigungen gegenüber den Muslimen von Seiten der politischen Elite annehmen.

Obwohl das Gesetz zum Verbot des *niqāb* die widersprüchliche Natur der Verfassung und der liberalen Werte enthüllt, weichen die Politiker nicht von ihrem Kulturkrieg ab. Dabei ist es diese Verfassung, gegenüber der sie von den Muslimen die Loyalität fordern. Auf diese Weise offenbart die Regierung der Gesellschaft ihren kulturellen Niedergang, indem sie die Frauen zwingen, ihre selbstgewählte Kleidung abzulegen. Dabei ziehen sie nicht in Betracht, dass sie den Frauen damit etwas aufzwingen, was sie nicht möchten.

Was den Vorwand anlangt, dass dieses Gesetz der „Bekämpfung von Hass“ und der „sozialen Überwachung“ dient, so stellt dies eine eklatante Lüge dar. Dies, weil das geltende Gesetz es verbietet, die Menschen dazu zu zwingen, gesonderte Kleidung zu tragen. Darüber hinaus kam das von der Vorregierung im Jahr 2009 ins Leben gerufene Niqābkomitee zu dem Schluss, dass die Frauen, die in Dänemark das *niqāb* tragen, dies gern und **meist ohne die Zustimmung ihrer Eltern** tun. Aus diesem Grund lässt sich nicht beweisen, dass es überhaupt Frauen gibt, die von ihren Eltern zum Tragen des *niqāb* gezwungen werden. Vielmehr ist es die dänische Regierung, die den muslimischen Frauen durch soziale Überwachung und polizeilichen Vollzug ihr Recht verwehrt, sich so zu kleiden, wie es ihnen beliebt.

Der einzige Grund für ein Verbot des *niqāb* besteht darin, dass die Politiker das *niqāb* als Symbol des Islam betrachten. Deswegen stellt dieses Gesetz einen Angriff auf alle islamischen Gemeinden im Land dar. Auch werden die Politiker ihre Angriffe auf den Islam und die Muslime nach diesem Verbot nicht einstellen, denn wie wir bereits an den zuvor verabschiedeten Gesetzen gesehen haben, beginnen sie im direkten Anschluss an die Gesetzesverabschiedung mit neuen Diskussionen, um möglichst bald weitere Verbote zu erwirken. So könnten sie in naher Zukunft Gesetze verabschieden, die das Gebet in Bildungseinrichtungen, islamische Schulen oder das Kopftuch verbieten. Wir sind bereits Zeugen darüber geworden, wie die Dänische Volkspartei den Vorschlag vorbrachte, das Kopftuch für Beschäftigte im öffentlichen Sektor und Schüler in Schulen zu verbieten. Dies, noch bevor ein Verbot des *niqāb* überhaupt erwirkt wurde!

Oh ihr Muslime!

Der dänische Kreuzzug, der auf den Islam und die Muslime abzielt, und durch Verbote versucht, die Muslime einzuschränken, geht mit dem allgemeinen europäischen Weg einher. Zwei europäische Gerichte, das französische und das belgische, gaben sich nicht mit einem bloßen Verbot des *niqāb* zufrieden, sondern bezeichneten dieses als „**notwendig**“.

Im Jahr 2017 verkündete der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Bezug auf das Verbot des *niqāb* in Belgien, dass ein solches Verbot für eine demokratische Gesellschaft „notwendig“ wäre. Darüber hinaus ermutigen solche Gesetze die europäischen Länder dazu, ihren Angriff auf die islamische Identität durch weitere Gesetzesverabschiedungen voranzutreiben, solange diese Gesetze unter einen allgemeinen Begriff fallen und anders formuliert werden, als sie eigentlich zu verstehen sind. Dies ist hinreichend bekannt.

So bezeichnen sie das Verbot des *niqāb* als „Vermummungsverbot“ und das auf Imame abzielende Gesetz als „Predigergesetz“. Dies ändert jedoch nichts an der Wahrheit, welche sich hinter diesen Gesetzen verbirgt – nämlich, dass es sich um Gesetze gegen Muslime handelt. Dies, obwohl deartige Gesetze gegen ihre Verfassungen und Menschenrechte verstoßen. Solcherlei Rechtsverdrehungen und Namensänderungen zeigen das fehlende Vertrauen der Politiker in ihre liberalen Werte und Verfassungen auf. Sie zeigen ihre heuchlerische Art, indem sie die Muslime zur Loyalität den Werten gegenüber auffordern, die sie selbst mit Füßen treten.

Oh ihr Muslime!

Allah (swt.) verpflichtet uns, zu einem einheitlichen Körper zu werden, dessen Körperteile einander unterstützen. Die Entscheidungsträger im Westen verlassen sich auf ein Verbot, um die Angst und Frustration zu unterdrücken, die aufkamen, nachdem der Islam zu einem wesentlichen Teil der westlichen Gesellschaften geworden ist. Sie betrachten den Islam als Bedrohung. Nachdem all ihre Versuche scheiterten, die Muslime in die Gesellschaften des Westens zu integrieren und davon zu überzeugen, ihre islamische Identität aufzugeben, beginnen die Entscheidungsträger im Westen nun, durch eine Welle von Verboten, einen direkten Angriff auf den Islam. Dies führt zum endgültigen Niedergang der westlichen Kultur, da ihre Entscheidungsträger ihre eigenen Grundsätze und Prinzipien ständig ändern und schließlich ihr Vertrauen in die Grundzüge dieser Gesellschaften verlieren werden.

Wir, die Muslime, sind verpflichtet, das betrügerische Prinzip der Freiheit abzulehnen und am Islam festzuhalten. Wir müssen eine einheitliche Haltung gegen das Verbot des *niqāb* einnehmen, da dieses einen Angriff auf den Islam darstellt. Wir dürfen durch diesen Schritt gegen die muslimische Gemeinschaft keineswegs Schaden nehmen.

Wir, von Hizb ut Tahrir, rufen alle Muslime, und insbesondere die islamischen Organisationen, Vertreter und Moscheen dazu auf, an jedem Teil des Islam festzuhalten und dieses Gesetz, sowie alle anderen Gesetze, die einen Angriff auf den Islam darstellen, als islamische Gemeinschaft einheitlich abzulehnen.

Weiterhin möchten wir erwähnen, dass es keine Möglichkeit gibt, mit Politikern, die sich mit dem Islam im Krieg befinden, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Wir können niemals eine gemeinsame Grundlage mit solchen Leuten finden. Es ist vielmehr unsere Pflicht, gegen eine solche Politik zu protestieren, sie abzulehnen und sich entschieden gegen sie zu stellen. Haltet an euren rechtmäßigen Werten, der ehrenwerten *šar‘a*, fest, oh ihr Muslime, und ruft die Menschen mit Weisheit zum Weg eures Herrn auf.

﴿يُنَبِّئُ اللَّهُ الَّذِينَ آمَنُوا بِالْقَوْلِ الثَّابِتِ فِي الْحَيَاةِ الدُّنْيَا وَفِي الْآخِرَةِ وَيُضِلُّ اللَّهُ الظَّالِمِينَ وَيَفْعَلُ اللَّهُ مَا يَشَاءُ﴾

“Allah festigt diejenigen, die glauben, durch das beständige Wort im diesseitigen Leben und im Jenseits. Doch Allah läßt die Ungerechten in die Irre gehen. Allah tut, was Er will.” [14:27]

18 Sha‘ban 1439 n. H.

04. Mai 2018 n. Chr.

Hizb ut Tahrir

Skandinavien